

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
90 (1923)**

23.3.1923 (No. 68)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-1204978](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-1204978)

Bezugspreis. Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochenschrift, Danneberg Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint nur wochentags. Preis für Stadt- u. Postabonnenten ohne Postgebühren für April 4500 Mk. Einzelnummer 193 M.

Oldenburgische

Volks= Zeitung

Anzeigen. Der Seitenpreis beträgt für Anzeigen aus dem Kreisgebiet Oldenburg 100 Mk. für die einfache Zeitungs- oder Wochennummer, die sonstigen 150 Mk. Kleinanzeigen 100 Mk. Die Anzeigen aufgegebenen Anzeigen geben kein Einpruchsrecht.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Behta, Fernspr. (5).
Druck und Verlag: Behtaer Druckerei und Verlag, G.m.b.H.
Geschäftsleitung: Verlagsdirektor A. Sommerfeld, Fernspr. 5

Tageszeitung für das Oldenburger Land.

Gratis-Belagen: „Wochenblatt für Land- u. Hauswirtschaft“
Schriftleiter: Dehnbauer, Dinklage; „Heimatblätter“ Schriftleiter: Dr. Averdamm, Dinklage bei Behta.

Nr. 68

Anzeigenannahme in Oldenburg
H. Böttner, Handelshof, Telefon 1854.
H. Börmann, Bergstr. 5, Telefon 1835.

Behta, Freitag, den 23. März 1923.

Anzeigenannahme in Danneberg
H. Böttner, Marktstr. 45, Tel. 139.
Ed. Rodtge, Marktstr. 45, Tel. 1675.

90. Jahrg.

Das Geldwertungs-gesetz.

II.

3. Einkommensteuer.

An sich sollen die Tarifvorschriften des Einkommensteuergesetzes jeweils durch besonderes Gesetz geregelt werden, weil ihre Anpassung an die schwankende Währung besonders notwendig ist. Auf Antrag der Parteien hat sich die Regierung bereit erklärt, dieser Frage ihr besonderes Interesse zu widmen. Schon jetzt ist eine Veränderung dahingehend eingetreten, daß die Angehörigen der freien Berufe bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 20 Prozent ihres Einkommens nach Abzug der Werbungskosten vom Gesamtbeitrag ihrer Einkünfte in Abzug bringen können, und zwar mindestens 30 000 M., höchstens aber 80 000 M. In Anbetracht der großen Notlage, in der sich diese Berufe befinden, ist diese Vorrichtung aufs wärmste zu begrüßen.

Eine besonders wichtige und schwierige Frage war die, wie die Läger des Handels und der Industrie bewertet werden sollen? Hier mußte unbedingt eine Veränderung vorgenommen werden, weil sonst der größte Teil der Industrie und des Handels zahlungsunfähig geworden wäre. Man überlege sich, daß einer, der zu Beginn v. Js. 100 Ballen irgend einer Ware auf seinem Lager hatte, vielleicht im Werte von 100 000 M. und zu Ende des Jahres lediglich dieselbe Menge besaß, die aber infolge der Geldwertungsänderung nun einen Papierwert von 50 mal 100 000 M. gleich 5 Mill. M. darstellt, davon eine Steuer von 1 790 000 M. bezahlen mußte, und zwar wohl gemerkt, obwohl sein Vermögen in keiner Weise zugenommen hat, vom Einkommen gar nicht zu sprechen. In dieser Frage war also eine Veränderung unerlässlich. Zwar war eine völlige Befreiung der Scheingewinne aus den eben angeführten Gründen nicht möglich; es mußte eben ein Weg gefunden werden, um wirtschaftliche und politische Tragfähigkeit zu vereinigen. Die Zentrumsfraktion darf sich in Anspruch nehmen, diesen Weg gezeigt zu haben und sie hatte den Erfolg, daß ihr Vorschlag Gesetz wurde. Sie schlug vor, zwei Drittel der Warenbestände zum gleichen Werte wie im Vorjahre in die Bilanz einzuführen, d. h. Zweidrittel der Warenbestände anzunehmen, der Wert der Markt habe sich im Laufe des Jahres — wie in Friedenszeiten — überhaupt nicht verändert. Bei dem restlichen Drittel soll der Marktpreis des Bilanzjahres abzüglich 60 Proz. eingesetzt werden. Auf den ersten Blick erscheint diese Regelung sehr weit entgegenkommend, ein paar Beispiele mögen die Auswirkungen zeigen:

Nehmen wir an, in der Bilanz von 1921 wäre ein Warenvorrat von 100 Ballen im Werte von 3 Millionen ausgewiesen. Bei gleich bleibender Menge würde der Wert in der Bilanz 1922 150 Millionen Mark ausmachen. Zweidrittel der Menge könnte dann mit dem gleichen Wert von 1921 in die Bilanz eingesetzt werden, also mit 2 Millionen; Ein Drittel würde mit dem Marktpreis, also mit 50 Millionen eingesetzt werden, davon sind aber 60 Prozent abzuziehen, so daß 20 Millionen übrig bleiben. Die Gesamtsumme ergebe damit 2 Millionen plus 20 Millionen gleich 22 Millionen Mark. In die Bilanz müßte also eingesetzt werden ein Gewinn von 22 Millionen abzüglich der in der vorjährigen Bilanz eingesetzten 3 Mill. Mark. Es wären also 19 Millionen Mark zu verfeuern.

Ein neues Beispiel: Wenn wir annehmen, der Warenbestand hätte sich im Laufe des Jahres 1922 um die Hälfte vermindert, so würde er Ende 1922 einen Wert von 75 Millionen darstellen. Von diesen noch vorhandenen 50 Ballen dürften Zweidrittel zu dem Wert von 1921 eingesetzt werden, also mit 1 Million Mark, das andere Drittel wäre mit 25 Millionen Mark einzuführen, davon gingen ab 60 Proz., so daß noch 10 Millionen Mark übrig blieben. Als Gewinn erschiene in der Bilanz 1 Million plus 10 Millionen gleich 11 Millionen Mark. Werden davon die in der Bilanz vorhandenen 3 Millionen Mark abgezogen, so bleiben 8 Millionen M. zu verfeuern.

Aus diesen Beispielen geht hervor, daß, obwohl in dem einen Falle das Warenlager gleich geblieben, im anderen sich sogar vermindert hat, eine erhebliche Besteuerung der Scheingewinne eintritt. In Friedenszeiten waren diese Fälle noch jeder Besteuerung ausgesetzt, da eben die Markt stabil war und dieselben Mengen mit denselben Werten jeweils in die Bilanz eingesetzt wurden.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Abschreibungen für Abnutzung von Teilen des Anlagekapitals, z. B. Maschinen. In Friedenszeiten

Unveränderte Abwehrfront!

Ein unerhörter Beschluß. — Volle Genugtuung für jedes Unrecht! — Zerstörungswahn in Oberhausen.

TU. Berlin, 21. März. An allen in Betracht kommenden amtlichen Stellen wird der TU. auf Anfrage auf das entschiedenste erklärt, daß die Meldungen der Pariser Presse über den angeblichen Umschwung in der Haltung der Ruhrbevölkerung glatt erlogen sind. Die gesamte Arbeiter-, Angestellten- und Beamenschaft verharret unverändert weiter in ihrer Passivität gegenüber den militärischen Machthabern und ist auf keinen Fall geneigt, in dieser Haltung irgend eine Veränderung eintreten zu lassen.

TU. London, 21. März. Aus dem besetzten Gebiet melden die englischen Berichterstatter, daß nach allen Eindrücken am Rhein und an der Ruhr die Bevölkerung noch einige Monate in ihrem Widerstand ausharren könne und werde.

Unerhörter Beschluß der Rheinlandkommission!

TU. Paris, 22. März. Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat gestern unter Vorsitz von Tirard beschlossen, daß bis auf weiteres jeder Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland außer dem Eisenbahnverkehr in den Nachtstunden verboten werden soll. Dieses Verbot erfolgt angeblich mit Rücksicht auf die Elemente, die sich zur Nachtzeit in das Rheinland einschleichen, um Attentate zu vollführen und die sich in den Nachtstunden alsdann wieder in das unbesetzte Deutschland flüchten.

Französischer Zerstörungswahn.

TU. Oberhausen, 21. März. Wie bereits gemeldet, wurden der Hauptbahnhof, der Güterbahnhof und die Betriebsreparaturwerkstätte Oberhausen von den Franzosen geräumt. Vor dem Abzug haben die Franzosen in einer Weise gehandelt, daß der Bahnhof ein Bild grauenvoller Verwüstung bietet. Von amtlicher Seite wurde u. a. folgendes festgestellt: Die Räume der Fahrkartenausgabe sind kaum zu betreten, die Telefonapparate sind zertrümmert und die sieben Fahrkartendrucker unbrauchbar gemacht. Sämtliche 18 Morse-Apparate im Telegraphenzimmer sind kurz und klein geschlagen. Die Telefonzentrale wurde mit einem Beil zertrümmert, die Drähte sind alle zerrissen, die Apparate zerstört. Der Schaltkasten für die gesamte Lichtanlage ist demoliert. In der Reparaturwerkstätte überstehen die Verwüstungen noch diejenigen im Bahnhof. Ungeheure Werte sind hier planmäßig und ohne Grund vernichtet. 54 Lokomotiven sind verschleppt; nur zwei blieben stehen, die nicht fahrbar sind. Der Schaden allein in der Reparaturwerkstätte beziffert sich auf Millionen. Die Schuppen des Güterbahnhofs und die Eisenbahnwagen sind geplündert. Sämtliche 250 bis 300 Güterwagen sind erbrochen und von den Franzosen betraubt.

Dokumente französisch-belgischer Schande.

TU. Berlin, 22. März. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat, wie jetzt bekannt gegeben wird, der französischen Regierung vor einiger Zeit eine Note überreicht, in der gegen die an der Bevölkerung des Ruhrgebietes verübten Gewalttätigkeiten der französischen und belgischen Trup-

pen protestiert wird. Der Note war eine Anlage angefügt, in der einzelne besonders traffe Fälle der Wegnahme von Privateigentum, der Ausweisung und Verhaftung von Beamten, der Strafmaßnahmen gegen ganze Städte sowie der Mißhandlung und der Tötung von Privatpersonen geschildert wurden. In der Mantelnote hat die deutsche Regierung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie sich vorbehaltlos, auf Grund des von ihr fortlaufend gesammelten Materials für jedes begangene Unrecht volle Genugtuung zu fordern. Vor einigen Tagen hat der Geschäftsführer in Paris der französischen Regierung in einer Ergänzungsnote eine Sammlung weiterer Beispiele von Gewalttaten der französischen Truppen im Ruhrgebiet unter Protest übermittelt. In der Note sind eine Anzahl von Fällen über folgende Delikte zusammengestellt:

1. Bluttaten in Essen, Hörde, Bochum, Gelsenkirchen und Oberhausen.
2. Mißhandlungen von Polizei-, Post- und Eisenbahnbeamten.
3. Räubereien französischer Heeresangehöriger in Essen, Dortmund und Herne.
4. Gewaltmaßnahmen in Bochum.

Herne unter Diktatur!

TU. Herne, 22. März. In Herne hat der Kommandierende General scharfe Verkehrsbeschränkungen befohlen. Alle Lokale sind von 9 Uhr abends an geschlossen zu halten. Mehr als zwei Personen dürfen auf der Straße nicht zusammen sein. Niemand darf auf der Straße stehen bleiben. Die Posten sind angewiesen, bei Nichtbefolgung dieser Bestimmungen sofort zu schießen.

Die Verkehrsliste im Einbruchgebiet.

TU. Dortmund, 21. März. Die Verkehrsliste ist im allgemeinen unverändert. An den Brücken des Rhein-Hernekanals sind die französischen Kontrollposten verstärkt worden. Die als Beteiligte an der Sprengung der Bahnbrücke bei Bollmarstein festgenommenen 6 Personen sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem an ihre Stelle ein Tiefbauunternehmer aus Hagen, den die Franzosen zu einer Beschäftigung der gesprengten Anlage gebeten hatten, verhaftet worden war. Für dessen Freilassung verlangen die Franzosen von der Stadt Hagen 10 Millionen Mark.

Gemeinsamer schweizerisch-holländischer Protest an Frankreich.

TU. Berlin, 21. März. Nach Mitteilungen der schweizerischen Presse werden die Schweiz und Holland gemeinsam einen Protest gegen die Verletzung der Rheinschiffahrtsakte durch die Franzosen und Belgier erlassen.

Französischer Schutz für Mörder.

TU. Trier, 21. März. Vor einigen Tagen hat hier der Frieur Hammer am späten Abend den Fuhrmann Karl Krewer erschossen. Die deutschen Gerichte erließen einen Haftbefehl gegen ihn, dessen Ausführung von der französischen Besatzungsbehörde jedoch verhindert wurde, da Hammer unter französischem Schutz stehe.

treffende Maschine, wird für Maschinen, die vor dem 1. Januar 1917 angeschafft worden sind, auf das Tausendfache, die vor dem 1. Januar 1920 angeschafften auf das Fünfhundertfache, die vor dem 1. Januar 1922 angeschafften auf das Achtzigfache festgesetzt. Die so zustande gekommene Abschreibungssumme wird mit 10 Prozent verfeuert.

4. Zahlung der Steuern.

Seit dem vorigen Sommer wurde von Seiten der Arbeiter, Angestellten und Beamten immer wieder darauf hingewiesen, daß sie ihre Steuern jeweils mit derjenigen Kaufkraft entrichteten, welche die empfangenen Bezüge hatten; daß dagegen Industrie und Handel und andere Berufe immer erst lange Zeit nach dem Zeitpunkt, nachdem sie das Einkommen bezogen hatten, die Steuern bezahlen und dadurch infolge der fortwährenden Geldentwertung einen erheblichen Gewinn machten. Abgesehen davon wurde auch von sehr zahlreichen Steuerpflichtigen ausdrücklich mit der erheb-

lichen Verzögerung bezahlt, um dadurch einen billigen Kredit beim Reich aufzunehmen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß dieser Zustand durch das Gesetz da war und es ist zu verstehen, daß die Kreise der Lohnempfänger mit allen Mitteln dagegen Sturm liefen. Diese Divergenz zwischen den dem Lohnabzug unterliegenden Steuerpflichtigen und den Veranlagten mußte geändert werden, darüber bestand nirgendwo ein Zweifel. Der Regierungsentwurf schlug folgende Maßnahmen vor, nachdem eine Zahlung rückständiger Steuerbeiträge nach dem jeweiligen Bestandsstand am Tage der Fälligkeit und am Tage der Zahlung als unmöglich ablehnte. „Mit einer Zahlung auf Grund des Einkommens, Körpervermögens, Vermögens, Erbschafts- und Anlagenerträge nicht rechtzeitig entrichtet, so erhöhen sich für jeden auf die Fälligkeit folgenden Monat die geschuldeten Beträge um 10 Prozent. Diese Erhöhung nennt der Entwurf Zuschlag. Das ist die allgemeine Regelung, die nun bei den einzelnen Steuern angewandt werden soll.“

Gegen diese Regelung konnte grundsätzlich nichts eingewendet werden. Im Gegenteil, wenn hohe Steuern abschließend und böswillig nicht rechtzeitig entrichtet werden, könnte ein noch höherer Zuschlag gesetzlich festgelegt werden. Aus diesem Grunde erhöhte die Zentrumsfraktion die vorgeschlagenen 10 Prozent auf 15, und, falls die Zahlung länger als 3 Monate im Rückstand bleibt, auf 30 Prozent. Damit ist die leidige Ungleichheit beseitigt.

5. Bankgeheimnis.

Die Zentrumsfraktion stand grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß eine völlige Wiedereinführung des Bankgeheimnisses das Richtige sei, erklärte sich aber wegen des abtönenden Standpunktes der Regierung bereit, sich vorläufig mit der Aufhebung des Depotwagnisses zufriedenzugeben. Damit bleibt also lediglich die Auskunftspflicht der Banken der Steuerbehörde gegenüber bestehen.

6. Schluß.

Die meistumstrittenen Hauptpunkte des Geldwertungs-gesetzes sind damit kurz und alles Bemerkenswerte dargelegt, so daß sich auch jeder Laie in diesen Dingen ein einigermaßen klares Bild machen kann. Die Sozialdemokratie hat dem Gesetz den größten Widerstand entgegen-gesetzt und wird auch jetzt im Lande durch theoretische, zumeist kalte Zusammenstellungen, einzelne Bestimmungen des Gesetzes agitatorisch auszuweihen, wie sie das bereits im Reichstag getan hat. Die Zentrumsfraktion braucht die Agitation nicht zu fürchten und kein Zentrumsanhänger sollte sich durch diese Agitation beeinflussen lassen. Alle Bestimmungen des Gesetzes sind wohl überlegt und von der gesamten Fraktion aufgegeben.

Das französische Rufen nach „Sicherheit“.

Frankreich verliert, seine Rhein- und Ruhrpläne auf Umwegen zu erreichen?

TU. Paris, 22. März. In der Debatte über die gegebenenfalls zu führenden Reparationsverhandlungen trat die Frage der Sicherheit Frankreichs immer mehr in den Vordergrund. In London hat gestern abend der Handelsminister Baldwin eine Rede gehalten, in der er zunächst auseinanderlegte, daß England auf keinen Außenhandel angewiesen sei und nur bei Wiederherstellung des Friedens, d. h. der Regelung der Reparationsfrage sein Auskommen finden könne. Frankreich, so fuhr der Minister fort, denkt in erster Linie und letzter Linie an eine einzige Frage, die Frage seiner Sicherheit. (Beifall.) Dieses Verlangen nach Sicherheit ist die wirkende Kraft, die anerkannt werden mußte. Solange diese Frage nicht ihre Lösung gefunden habe, entweder durch den Völkerbund oder durch eine neue Allianz, werde der Weltkampf der Rüstungen und der Bankrott in Europa fortauern. — Der diplomatische Vertreter des „Daily Telegraph“ glaubt zu wissen, daß eine Lösung durch Hinzuziehung des Völkerbundes sowohl an Deutschlands wie auch an Frankreichs Widerstand scheitern würde. Frankreich wolle weder die Intervention des Völkerbundes, noch einen gegenwärtigen Garantievertrag, wie ihn angeblich jetzt Deutschland vorzuschlagen gedenkt. (Den bloßen Gedanken daran, daß Frankreichs Kriegsindustrie kontrolliert werden sollte, weist der „Temps“ als einen phantastischen Einfall zurück.) Frankreich fordert vielmehr, wie der „Daily Telegraph“ sich ausdrückt, eine Allianz alten Stils, die aber könne auch nicht

ins Auge gefaßt werden. Man suche unter diesen Umständen nach anderen Lösungen, und die Frage einer Internationalisierung oder Neutralisierung der Rheingebiete wird überraschenderweise nicht nur in Frankreich, sondern auch in England erörtert. Vorkünftig handelt es sich um nichtoffizielle Äußerungen. Loucheur hat vor einigen Tagen von der Selbständigmachung des Rhein- und Ruhrgebietes im Rahmen Deutschlands gesprochen. In der „Victoire“ entwirft Herod heute das utopistische Bild eines rheinischen Pufferstaates, mit dem Deutschlands Militärmacht geschwächt werden soll, ohne daß es dabei zum Haß aufgereizt würde.

× Paris, 22. März. Von meist gut unterrichteter Seite wird erklärt, daß der erwartete französisch-englische Meinungsaustausch über die Sicherheiten-Frage gestern begonnen habe, und zwar in London. Es handelt sich, wie behauptet wird, um eine englische Initiative. Der Meinungsaustausch ist aber meinen Informationen zufolge aus dem Rahmen eines allgemein gehaltenen Gesprächs nicht herausgekommen.

TU London, 22. März. Der „Times“-Korrespondent berichtet, daß für Frankreich keinesfalls ein wechselseitiger Schutzvertrag der Hauptmächte, sondern nur eine Separat-Allianz mit England in Betracht komme. Letzteres wünscht jedoch solche zu vermeiden. Verschiedene Gerüchte beweisen die völlige Unklarheit der Ansichten über die Idee der Entmilitarisierung des Rheinlandes. Es herrsche eine gewisse Resignation, weil keine solide Basis für eine Diskussion sichtbar ist.

Eine deutsche Note an Amerika kein Ersuchen um Vermittlung. — Was Deutschland im Januar anbot! — d'Abertons Reise nach London. — Frankreich lehnt nach wie vor jede Vermittlung ab.

Berlin, 21. März. Aus amerikanischen Quellen kommen Mitteilungen über den Inhalt der Note, die Deutschland in Washington hat überreichen lassen. In diesen Mitteilungen ist Wahres mit Falschem gemischt. Tatsache ist, daß die Note, wie bereits mitgeteilt, kein Ersuchen um Vermittlung enthält, daß sie sich auch nicht mit der Ruhrbesetzung beschäftigt, sondern ausschließlich die Reparationsfrage behandelt. Die deutschen Stellen lehnen nähere Angaben ab.

TU Berlin, 21. März. Die „B. Z.“ berichtet, die amerikanischen Ansichten, die in der deutschen Note betr. die Reparationsfragen entwickelt wurden, greifen nach Nachrichten auf die ersten Pläne des Staatssekretärs Hughes zurück. Am besten wäre es, wenn die Kommission nur aus Geschäftsleuten zusammengesetzt würde. Die Kommission solle dann in die Beratung und Entscheidung folgender Punkte eintreten:

1. Prüfung der sogenannten deutschen Reparationsverpflichtungen und ihrer Schuldhaftigkeit.
2. Abschätzung der finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands.
3. Berechnung der Möglichkeiten für eine internationale Reparationsanleihe und deren feste Bedingungen.
4. Garantien, wobei auch auf die Reichstags-erklärungen des Abg. Dr. Stresemann über den Wirtschaftsplan der deutschen Industrie verwiesen wird.

Berlin, 21. März. Unter den Gerüchten, die neuerdings im Zusammenhang mit der Verhandlungsfrage zirkulieren, spielt auch eine Reise des Staatssekretärs Bergmann nach der Schweiz eine Rolle. Nach unserer Information ist Bergmann tatsächlich in die Schweiz gereist, aber nicht zu den Zwecken, die von der Pariser Presse angegeben werden, d. h. also nicht um eine Aktion im Ruhrkonflikt anzubahnen.

TU Berlin, 21. März. Aus der Hearst-Presse erfährt man jetzt den Wortlaut der deutschen Vorschläge, welche seinerzeit auf der Pariser Konferenz genannt werden sollten, von Poincaré aber hintertrieben wurden. Der Hauptpunkt der Vorschläge Bergmanns war folgender: Zahlung von 30 Milliarden Goldmark. Die Summe soll vermittels dreier internationaler Anleihen aufgebracht werden, die durch ein internationales Vorkontingent zu begeben seien. Die erste Anleihe würde 20 Milliarden Mark betragen, die sofort auf Reparationskonto eingezahlt werden sollten, damit Frankreich bald Geld erhalte. Die zweite Anleihe nach fünf Jahren sollte 5 Milliarden, die dritte nach weiteren 5 Jahren ebenfalls 5 Milliarden betragen. Die deutsche Industrie und die Banken sollten dem internationalen Bankkontingent die nötigen Garantien und Sicherheiten für die drei Anleihen gewähren. Drei Bedingungen waren daran geknüpft: Internationale Handelsfreiheit für Deutschland auf der Grundlage der Gleichheit mit anderen Nationen, schrittweiser Abbau der Rheinlandbesetzung, um die ungeheuren Kosten zu vermindern, völlige Rückzug der Besatzungstruppen aus Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg. Die amerikanischen und britische Vorschläge waren zu jener Zeit nicht amlich über den Inhalt der neuen Reparationsvorschläge unterrichtet.

TU London, 22. März. Der englische Gesandte in Berlin, Lord d'Aberton, hat Dienstagabend eine Unterredung mit Bonar Law und Lord Curzon gehabt. Der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette“ berichtet, aus autoritativer Quelle erfahren zu haben, daß Deutschland beabsichtige, Frankreich zur Regelung der Reparationsfrage neue Vorschläge zu unterbreiten. (?) Diese Vorschläge werden aber nicht nur Frankreich, sondern allen Verbündeten übermittelt werden. Mit dieser Absicht stehe auch der Besuch des Botschafters in London in Verbindung.

TU London, 21. März. Die französischen diplomatischen Vertreter in mehreren Hauptstädten sind angewiesen worden, die Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, zu informieren, daß eine Vermittlung nicht angenehm

sei. Man meint hier, daß die intransigente Haltung der französischen Regierung immer mehr hervortrete, da man in Paris noch immer mit der Möglichkeit einer Kapitulation Deutschlands rechne. Die letzten Eindrücke britischer Beobachter in Deutschland aber gingen dahin, daß das Reich noch monatelang den französisch-belgischen Druck im Ruhrgebiet aushalten könne.

Die militärische Kontrollkommission spioniert wieder. England macht mit! — Ein mißglückter Versuch.

TU Paris, 21. März. Eine Pariser Zeitungsmeldung besagt, die französische Regierung hätte in den letzten Tagen beim englischen Kabinett angefragt, ob dieses bereit sei, mit Frankreich zusammen die Tätigkeit der interalliierten Militärkommission in Deutschland wieder aufnehmen zu lassen. England habe sich im zustimmenden Sinne dazu geäußert. Der englische Vertreter in der Kommission, Oberst Bingham, hat aus London dieselben Weisungen erhalten wie General Nollet aus Paris. Die Kommission nimmt inzwischen ihre Tätigkeit mit den zuständigen deutschen Stellen wieder auf, doch hängt die praktische Durchführung des Programms davon ab, wie weit die deutschen Bürger die Kontrolle der inzwischen eingetretenen Unregelmäßigkeiten in der deutschen Entwertung (!!) ermöglichen werden.

TU Paris, 22. März. In einer gestern nachmittag stattgefundenen Sitzung der Botschafterkonferenz wurde ein Bericht des Generals Nollet über die am 15. März begonnene Wiederaufnahme der Tätigkeit der Kontrollkommission in Deutschland vorgelegt.

TU London, 22. März. Im Unterhause erklärte Bonar Law, daß die englische Regierung den General Bingham instruiert habe, mit der Kontrollkommission zusammenzuarbeiten.

TU Berlin, 22. März. Eine Abordnung der Interalliierten Militärkontrollkommission hat gestern den Versuch unternommen, den Betrieb der Aero-Flugschule auf dem Flugplatz Staken bei Spandau zu beschließen. Unter den in Zivil erschienenen Offizieren befand sich auch ein Belgier. Deswegen wurde die Besichtigung verweigert. — Der „Lok.-Anz.“ meldet hierzu: Die Abordnung war vorchriftsmäßig von einem deutschen Offizier, Major Leonard, begleitet. Als die Herren bei den Flugschulhallen in Staken vorfuhren, trat sofort der Betriebsrat der Werkstätten zusammen. Er wandte sich alsdann an den Entente-Automobilisten und erklärte der Abordnung, der Betriebsrat könne für die Sicherheit der Herren während der Besichtigung nur dann garantieren, wenn versichert werden würde, daß sich kein Franzose oder Belgier unter den kontrollierenden Offizieren befände. Der Führer der Abordnung gab an, daß ein Belgier dabei wäre und daß man auf Grund der Erklärung des Betriebsrates für heute darauf verzichtete, die Besichtigung vorzunehmen. Die Kommission kehrte unverrichteter Sache nach Berlin zurück.

Deutscher Reichstag. Berlin, 21. März.

Im Reichstage wurde heute zunächst der Gesetzentwurf zur Änderung des Besoldungsgesetzes und der Notetat 1923 dem Haushaltsausschuß überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Geltungsdauer des Wohnungsmangelgesetzes, eingebracht von den bürgerlichen und der sozialdemokratischen Partei, wurde in allen drei Lesungen angenommen. Hierauf wurde die zweite Beratung des

Haushalts des Reichspostministeriums fortgesetzt.

Abg. Delius (Dem.) dankte den Postbeamten an Ruhr und Rhein für ihr vaterländisches Verhalten. Er wünschte Ermäßigung der Fernsprechartre für besondere Klassen, z. B. für Werke und Wohlfahrtsvereinigungen. Ein Postfinanzgesetz sei notwendig. Die Postreklame müsse verpachtet werden. Bedauerlich sei die Zurücknahme schon erfolgter Kürzungen. Dies sei höchstens zu einschuldigen bei Beamten im Einbruchgebiet. Kräfte der Eisenbahnverwaltung seien sich für die Postverwaltung nutzbar machen und umgekehrt.

Reichspostminister Stingl: In der Frage der unehelichen Mütter wollen wir uns ganz von sozialen Rücksichten leiten lassen. Jeder Fall soll einzeln unter sucht werden. In den Dienst gehört keine Politik, weder der Sonntagskinder noch das Halbkreuz; ebenso ist es mit dem Bilderschnitz in den Diensträumen, am besten hängt man keine Porträts, sondern Landschaften auf. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Strathmann (Dn.) beklagte eine auch von den anderen bürgerlichen Parteien unterstützte Entschlebung für den Leihverkehr der öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken dahingehend, eine Ermäßigung der Paketportoätze eintreten zu lassen. Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Gehalt des Ministers wurde bewilligt. Mehrere Entschlebung wurden angenommen.

Dann wurde die Etatsberatung unterbrochen und die inzwischen im Ausschuß erledigten Vorlagen (Verlängerung des Besoldungsgesetzes bis 1. Juli 1923 und Notetat für 1923) debattelos in allen drei Lesungen angenommen.

In der Einzelberatung des Postetats wünschte Abg. Koch-Essen (Ztr.), die Aufstiegsmöglichkeiten der Beamten der unteren Besoldungsgruppen sollten verbessert werden. Die unteren Beamten hätten sich bei der Berrichtung des früher von mittleren Beamten geleisteten Dienstes im allgemeinen bewährt.

Minister Stingl befüllte das. Einzelne Verbesserungen seien zwar vorgekommen, aber im ganzen habe die Verwaltung mit den unteren Beamten in solchen Stellungen gute Erfahrungen gemacht.

Der Rest des Postetats wurde nach den Ausschußvorschlägen erledigt. Ohne Debatte wurde der Etat der Reichsdruckerei angenommen.

Deutsches Reich. Die heutige Kanzlerrede in München.

TU Berlin, 22. März. Der „Tag“ schreibt: Reichskanzler Dr. Cuno wird heute früh in München eintreffen. Am Donnerstagabend wird der Reichskanzler bei einer öffentlichen Kundgebung eine große politische Rede halten. Diese Rede wird sich in erster Linie mit dem Verhältnis des Reiches zu den Ländern und mit innerpolitischen Fragen beschäftigen. Ueber die außenpolitischen Probleme wird der Reichskanzler wahrscheinlich nur kurz reden, da im Augenblicke die Tendenz der Regierung dahin geht, in die allgemeinen Erörterungen über die diplomatischen Möglichkeiten nicht öffentlich einzugreifen.

Allgemeine politische Debatten werden vor Ostern nicht stattfinden, das wird aber nicht hindern, daß sich einzelne parlamentarische Gruppen auch während der Osterferien des Reichstages mit der allgemeinen politischen Lage beschäftigen und zur Aufstellung gewisser allgemeiner Programme kommen.

TU München, 21. März. Wie die „Telegraph-Union“ erfährt, ist die von vaterländischen Verbänden zum Empfang des Reichskanzlers Dr. Cuno in München beabsichtigte Kundgebung aus internen Gründen abgefragt worden.

Ein Attentatsplan.

TU Frankfurt/Main, 21. März. Ueber einen Hochverratsfall in Frankfurt meldet der Polizeibericht folgendes: Am 12. Februar wurde der Kaufmann Wilhelm Bullmann, gebürtig aus Frankfurt am Main, wegen hochverrätherischer Handlungen festgenommen. Wegen Beihilfe dazu wurden am 13. und 14. Februar festgenommen der Kaufmann Karl Adolf Meßger, Praktikant Wolfgang Hiele, Student Walter Eberhardt, Privatsekretär Alfred Dau. Die Festgenommenen sind Mitglieder des Bundes „Bücher“ C. B. in München. Bullmann hatte den Plan gefaßt, in Frankfurt eine Synagoge am 3. März 1923 in die Luft zu sprengen, um dadurch die rechts gerichteten Verbände zu Aktionen zu veranlassen, die darauf gerichtet sein sollten, in Bayern die Monarchie zu errichten. Er setzte sich mit einem französischen Offizier, Kapitän de Pontrede, in Verbindung und suchte diesen für seine Aktion zu gewinnen. Er glaubte, von dem Franzosen das zur Ausführung der Tat erforderliche Material (zwei Automobile, Handgranaten, Pistolen und Geldmittel) erlangen zu können. Die wegen Beihilfe festgenommenen hatten Kenntnis von den Kullmannschen Absichten gehabt und haben diese dadurch gefördert, daß sie sich ihm bei Ausführung der Tat zur Verfügung stellen wollten. Meßger und Hiele haben auch an den Verhandlungen mit Captain de Pomarede und mit dem Kommissar Corraint bzw. General Achtmann in Höchst am Main und in der Heiligartenstraße Nr. 15 in Mainz teilgenommen. Bau war auch in der Hochverratsache gegen Fuchs, Machaus und Gellissen in München am 2. März 1923 auf Ersuchen der Polizeidirektion festgenommen und nach München transportiert worden, von wo er am 6. März wieder entlassen wurde.

Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten.

TU Dresden, 21. März. Mit 49 von 95 Stimmen wurde heute der bisherige Justizminister Dr. Zeigler zum Ministerpräsidenten gewählt. 38 Stimmen entfielen auf den Volksparteiler Dr. Kasper, 8 Stimmen auf den Demokraten Dr. Seyfert. Dr. Zeigler nahm die Wahl an. Hierbei kam es zu großen Lärmereien, als er behauptete, die Mehrheit habe ihm das Vertrauen ausgesprochen. Die beiden Rechtsparteien verließen den Sitzungssaal, bevor Dr. Zeigler vereidigt wurde. Die Demokraten hatten vor der Wahl gegen das kommunikalisch-sozialistische Einigungsprogramm als verfassungswidrig Protest erhoben. Das neue Kabinett, das Dr. Zeigler zu bilden haben wird, wird wahrscheinlich neun Köpfe aufweisen. Minister des Innern wird Viebmann, Arbeitsminister Graupe, Wirtschaftsminister Felsch, Finanzminister Held und Kultusminister Fleißner.

Montag Sitzung des Auswärtig. Ausschusses.

TU Berlin, 21. März. Der Auswärtig. Ausschuß des Reichstages wird nicht am Freitag, sondern erst Anfang nächster Woche, wahrscheinlich am Montag zusammentreten.

Kohbach enthaftet.

TU Berlin, 21. März. Leutnant a. D. Kohbach ist auf Antrag seines Verteidigers aus der Haft entlassen worden und zwar, weil der Untersuchungsrichter festgestellt hat, daß der Verdacht einer strafbaren Handlung nicht vorliegt.

Das Attentat auf Smeets aufgeklärt.

WTB. Köln, 21. März. Wie das B. L. hört, ist es den energischen Bemühungen der Kölner Polizei gelungen, den Anschlag auf Smeets aufzuklären und die Persönlichkeit des Täters festzustellen. Mehrere Angaben können, um den Zug der Untersuchung nicht zu gefährden, nicht gemacht werden. Nach den in der Wohnung des Täters vorgefundenen Papieren scheint es sich um einen jugendlichen Pfaffen zu handeln. Der Aufklärungsarbeit der amtlich. deutschen Stellen standen umso größere Schwierigkeiten entgegen, als jeder Anhalt für die Persönlichkeit des Täters fehlte.

Eine neue Lausanner Konferenz.

London, 21. März. Heute begann eine Entente-Konferenz, die sich mit der Antwort an die Türken befaßt. Den Vorsitz führt Lord Curzon. Benvizelos ist beauftragt, die Athener Politik zu vertreten. Oberst Blafiras, der in Athen als Diktator herrscht, erklärte seine Bereitschaft, alles für den Friedensschluß zu tun. An den hiesigen amtlichen Stellen erwartet man die baldige Einberufung einer neuen Lausanner Konferenz und den Abschluß des Friedensvertrages.

Landespolitik. Die Staatszuschüsse an die Kirchen in Oldenburg.

Anlässlich der Inhaltsregelung des Bischöflichen Offizials im vergangenen Jahre, das die Regierung zu übernehmen sich auf Grund der Konvention verpflichtet sah, ist im Landtage über das Verhältnis der Zuschüsse zur katholischen und evangelischen Kirche in Oldenburg ein Streitfall entstanden. Die evangelische Kirche fühlte sich durch die vom Landtage getroffene Regelung benachteiligt. Ein Antrag auf Einholung eines juristischen Gutachtens wurde angenommen. Dieses Gutachten wird von Prof. Zellbrecht-Kiel eingeholt. Die Regierung erklärte dazu kürzlich im Finanzausschuß, daß die Beschaffung der Unterlagen für das Gutachten viele Schwierigkeiten verursacht habe. Die Staatsregierung ist jedoch gewillt, wenn aus dem Gutachten hervorgeht, daß die evangelische Kirche denselben Rechtsanspruch hat wie die katholische Kirche, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Die volksparteilichen Abgeordneten beantragen, schon jetzt die Bauschumme für die evangelische Kirche entsprechend zu erhöhen. Die Mehrheit des Ausschusses will jedoch das Gutachten abwarten und beantragt für den Fall, daß das Gutachten zugunsten der evang. Kirche ausfällt, die Regierung ermächtigt wird, rückwirkend für das Jahr 1922 und für das Jahr 1923 der evangelischen Kirche die Summen auszusprechen, die sich ergeben nach dem der kath. Kirche im Landesteil Oldenburg gewährten Zuschuß. Für die Berechnung ist das Verhältnis der Bauschumme maßgebend. Die Eingaben verschiedener Kreisynoden an den Landtag in dieser Angelegenheit wurden in Bezug auf ihren Ton kritisiert.

Pachtshuffragen im Landtage.

Dem Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung des Gesetzes für den Freistaat Oldenburg vom 8. März 1922, betr. die Verpachtung von landwirtschaftlichen kleinen Grundstücken entnehmen wir:

Das Staatsministerium beantragt: Die in den Paragraphen 5 und 6 des Gesetzes vom 8. März 1920, betr. die Verpachtung von kleinen landwirtschaftlichen Grundstücken enthaltenen Bestimmungen über die Beschaffung von Kleinpachtland und das den unteren Verwaltungsbehörden eingeräumte Recht zur Zwangspacht um 2 Jahre, bis zum 31. Dezember 1925, zu verlängern. Die §§ 1 bis 4 des Gesetzes, welche Bestimmungen über die Festsetzung von Pachtpreisen und ein Kündigungsverbot für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke bis zu einem halben Hektar Größe enthalten, sind für den Landesteil Oldenburg durch das Gesetz vom 12. August 1920, betr. Ausführung der Pachtshufordnung, für den Landesteil Lübeck durch Verordnung des Staatsministeriums vom 18. November 1920 und für den Landesteil Birkenfeld durch Verordnung des Staatsministeriums vom 29. Januar 1921 außer Wirksamkeit gesetzt worden.

Bei der Beratung im Ausschuß wurden folgende Fragen gestellt:

- 1.) Haben sich aus der Handhabung des Gesetzes Unzulänglichkeiten ergeben?
- 2.) Nach welchen Grundrößen werden die Pachtpreise festgesetzt?
- 3.) Werden die öffentlichen Lasten, die auf dem Grundbesitz ruhen und noch hinzukommen, vom Pächter getragen?

Der Vertreter des Staatsministeriums erklärte dazu folgendes:

Zu Frage 1: Streitigkeiten unter den Beteiligten hätten sich zwar ergeben, doch seien diese nicht zu vermeiden und nicht so bedeutend, eine Änderung oder Aufhebung des Gesetzes als geboten erscheinen zu lassen.

Zu Frage 2: Die zur Verpachtung gelangenden Flächen würden als landwirtschaftliches Nutzland bemerkt und sei der Pachtpreis unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse nach dem Ertragswerte zu bemessen. Ein Einspruch der Beteiligten bei dem Pachteinigungsamt sei zulässig, doch deckten sich meistens die bei der Preisfestsetzung maßgebenden Grundstücke der unteren Verwaltungsbehörden mit denen der Pachteinigungsämter.

Zu Frage 3: Die Abwälzung der auf den Grundstücken ruhenden und in Zukunft auf sie entfallenden öffentlichen Lasten sei ausgeschlossen. Die Pächter hätten Anspruch auf einen angemessenen Pachtpreis nach dem Ertrage, müßten aber die anfallenden Lasten selbst tragen.

Weiter kam im Ausschuß zur Sprache, daß von den Gartenbauvereinen die Bildung eines Kleingartenbetrats gewünscht werde, der bei einschlägigen Fragen von der zuständigen Regierungsstelle gutachtlich zu hören sei. Da eine diesbezügliche Eingabe bereits dem Ausschuß 3 überwiesen war, wurde von einer Erörterung dieser Frage Abstand genommen. Der Ausschuß stellt, da Bedenken gegen den Gesetzentwurf nicht erhoben werden, den Antrag: Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Oldenburgischer Landtag.

?) Oldenburg, 21. März 1923.

Präsident Schröder eröffnet um 10 Uhr die Sitzung. Schriftführer Nieberg verliest das Protokoll der letzten Sitzung, Schriftführer Denis die Eingaben. Am Ministerialrat Minister Dr. Driver und Meyer und Regierungskommissare.

Der Dringlichkeitsantrag der Birkenfelder Abgeordneten auf Hinausschiebung der Landtagswahlen um 1 Jahr steht in Beratung.

Abg. Dör (Dem.) begründet seinen Antrag bezw. dessen Dringlichkeit. Die Dringlichkeit wurde hergeleitet aus der Annahme, daß der Landtag mit seinen Arbeiten vor Ostern noch fertig werde. Da das nicht zutrifft, fällt die Dringlichkeit fort. Abg. Dör beantragt, den Antrag an einen Ausschuß zu verweisen, damit die Birkenfelder Abgeordneten, solange sie noch hier sind, mitarbeiten können. — Dieser Antrag wird angenommen.

Die Bereitstellung von Mitteln zur Herstellung von Pflanzschutzwerten auf der Straße Federwarderfel bis

zurhave wird nach dem Antrage des Ausschusses be-
müht, ebenso die Einnahmen und Ausgaben der
Staatsgutskapitalien der Landesteile Lübeck und
Bücherei.

Der Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Olden-
burg betr. die Verpachtung von landwirtschaftlichen Klei-
nen Grundstücken wird in erster Lesung angenommen.

Die Beratung des Gesetzesentwurfes über die Ord-
nungspolizei wird eingeleitet durch einen kurzen Be-
richt des Berichterstatters Abg. Hartung (D. V.) In
der Verjorgung der Mannschaften soll bis an die Gren-
zen des Sperrgebietes gegangen werden. Dem Wunsch
auf Pensionsberechtigung konnte wegen des Sperrge-
bietes nicht entsprochen werden. Gegen den Antrag
des Ausschusses, dem § 18 einen Zusatz über die Schaf-
fung eines Dienstgerichtes hinzuzufügen, hat die Regie-
rung starke Bedenken und wird für die zweite Lesung
einen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungs-
vorlage einbringen.

Bei den §§ 19 und 20, die von den Amtspflichtigen
der Mannschaften der Drpo handeln, entspann sich eine
Aussprache. Die Deutsche Volkspartei will die Not-
wendigkeit nicht anerkennen, daß man hier in Olden-
burg weiter geht als in Preußen. Abg. Stubenberg
(Dem.) erklärt, daß sich seine Fraktion dem Vorschlage
der Regierung angeschlossen hat, weil die auch in Preu-
ßen festgesetzten Pflichten der Drpo hier genauer prä-
zisiert sind, und weil das immer besser ist. Abg. Hug
(Soz.) hält die Regierungsvorlage für richtig, weil
gegen die republikanische Gesinnung der Drpo bereits
gewüßt wird. Abg. Dannemann (D. V.) bittet um
Auskunft über das Suchen nach Waffen im Amte Wil-
deshausen Ministerialrat Krahnföder teilt mit, daß
die Waffenuntersuchung auf Grund der Angaben eines
früheren Landtagsabgeordneten am Herrn Graeger er-
folgt ist. Ein Ergebnis hat die Untersuchung nicht ge-
habt.

Die Anträge der Deutschen Volkspartei werden ab-
gelehnt und die Vorlage nach den Anträgen des Aus-
schusses angenommen. Abg. Albers (Dem.) wünscht,
daß die Befolgung der Drpo bald geregelt wird.

Die Eingaben von 500 Heuerlufen, Pächtern und
Eignern usw. aus Lohne, betr. Eingreifen des Landtags
gegen den Bohner Gartenbauverein wird durch die Er-
klärung der Regierung für erledigt erklärt. Ministerial-
rat Hennings betont, daß in Lohne das notwendige
Land nicht zu bekommen war und daß deshalb das
Amt Wehla eingreifen mußte.

Der Landtag erklärt sich damit einverstanden, daß die
Rechtsbestände aus den Ueberführungen der Landesver-
waltung zu gleichen Teilen an die Fondskommission, den
Verein für Kranken- und Kinderpflege in Oldenburg
und den Willehadverein in Wehla verteilt werden.

Das Gesetz über die Gerichtskosten sowie die Gebüh-
ren der Zeugen und Sachverständigen wird angenom-
men, ein Abänderungsantrag Bohse (D. V.) abgelehnt.
Der Gesetzentwurf betr. Anlegung eines Wasser-
kraftwerkes an der oberen Hunte wird in erster
Lesung angenommen und dafür 844 Millionen Mark
bewilligt. Bei der Anlage soll nach einer Erklärung des
Regierungsvertreter auf die Interessen der Landwirt-
schaft volle Rücksicht genommen werden.

Der Landtag stimmt dem Gesetz über die Besteue-
rung des Wandergewerbes in 2. Lesung zu, und zwar
für alle drei Landesteile.

Schluß der Sitzung 12 Uhr. Nächste Sitzung am
Donnerstag, 22. März, vorm. 10 Uhr: Erste Lesung des
Haushalts.

Passionspiele in Oldenburg.

Das große künstlerische Ereignis der heurigen
Charwoche sind die Passionspiele. Ein
seit Jahren wiederholt gewünschter Wunsch findet
eine endliche Erfüllung. Diese religiös-dramati-
schen Veranstaltungen der Landesbühnen dürfen
daher wohl in Münsterlande eine ganz besondere
Teilnahme erwarten. Hunderte mögen in heim-
lich ungefilterter Sehnsucht in den jetzt verflochtenen
Spätsommerabenden nach dem fernen Oberammer-
gau ausgehauert haben, wo nach langer Pause die
weltberühmten Leidensspiele des Herrn wieder in
Szene gingen. Jetzt bietet sich dem Lande
und der Stadt die willkommene und bequeme Ge-
legenheit, Passionspiele nach dem Muster von
Oberammergau in der Residenz zu besuchen. Aus-
drücklich sei betont, daß die Kostümierung der
Hauptspieler — Petrus, Pilatus, Judas, Magda-
lena, Maria, Jesus —, ferner die Gestaltung der
Bühnenbilder nach künstlerisch ausgeführten far-
bigen Vorlagen von Oberammergau aus dem letz-
ten Sommer zugekauft werden. Die führen-
den Rollen sind ausgezeichnet besetzt: Christus
— Carlsmeier; Maria — Grün; Petrus — Vind-
loff; Judas — Costa; Magdalena — Martinjen.
Die Inszenierung liegt in Mordos bewährten
Händen. Von den Jedermann-Spielen her dürfte
seine großzügige Art, die ergreifenden Bühnenbil-
der wichtig und ernst stilvoll und stimmungsgel-

waltig zu umrahmen, noch in bester Erinnerung
sein. So dürfen wir unsere Erwartungen mit
Recht auf einen hohen Ton spannen. Im ganzen
Land regt sich ein ungewöhnliches Interesse an
den Spielen. Dringend ist daher zu raten, daß
sich die münsterländischen Gemeinden zwecks einer
Sondervorstellung — vielleicht am Mittwoch nach-
mittags der Charwoche — an die Leistung des Lan-
desheaters wenden. Am zweckmäßigsten in der
Art, daß die Pfarrer der einzelnen Gemeinden
nach dieser Stelle mitteilen, wie hoch die zu er-
wartende Teilnehmerzahl aus ihrem Bezirk ist.
Nur so kann einer Ueberfüllung vorgebeugt und,
wenn erforderlich, eine zweite Sondervorstellung
für das Münsterland angefangt werden. Der Text
stammt von den beiden katholischen Mönchen
Grebhan aus dem Jahre 1452. Musik von Claus
Bringsheim. Wir hegen die bestimmte Erwar-
tung, daß dieser Aufruf zur Teilnahme im Mün-
sterlande nicht ungehört verhallen möge. Das
Spiel ist Geist von unserm Geiste. Die Spiele
sind ein Zeichen wiederwachender christlich-
religiöser Bewußtseins. Wir dürfen uns dem
Wahnruf der Zeit nicht verschließen.

Dr. Theding.

Aus dem Münsterlande.

Wehla, 22. März.

— Heimatbund. Auf dem morgigen, Freitag
abend 8 Uhr, in der Aula des Gymnasiums statt-
findenden Heimatabend gelangen rund 100 Licht-
bilder zur Vorführung. — Außerdem hat Herr
Seminarlehrer Clausing sich freundschaftlich be-
reitet, mit einem Schülerchor zwei unserer
schönsten Heimalieder zum Vortrag zu bringen
und zwar als Einleitung des Abends „Mien leime,
leime Münsterland“, und als Ausklang „Nöstes
in'n Garen“, beide Gedichte von L. Auerdam, in
Musik gesetzt von Fr. Clausing. Der Abend ver-
spricht also, recht gnußreich zu werden.

— Andere Volksgenossen an der Ruhe stehen
in schwerem Kampfe, wir alle müssen und wollen
ihnen helfen. Der in weiten Kreisen bestehende
Wunsch, näheres über Land, Leute und die wirt-
schaftliche Bedeutung zu hören, ist ganz natürlich,
ihn zu befriedigen allerdings oft unmöglich infolge
Mangels geeigneten Materials. Vereinsvorsitzen-
den usw. wird es daher angenehm sein zu wissen,
daß bei der Reichszentrale für Heimatdienst, Lan-
desabteilung Oldenburg-Bremen, Bremen, Doms-
hof 12 I, gegen mäßiges Entgelt neben anderen
Serien eine Lichtbilderreihe mit dem Titel „An der
Ruhr“ zu 90 Bildern (mit Text) und eine weitere
Serie „50 Beschäftigtenbilder von Saar, Rhein und
Ruhr“ (ohne Text) zu erhalten sind. Sie haben
bisher überall großen Anklang gefunden. Inter-
essenten mögen sich dorthin wenden.

— Für die Ruhrkinder in Josefshelm hat die
Ortsgruppe Stahlhelm in Westrup 100 000 Mt.
gespendet. Herzliches Vergelt's Gott!

— Sozialdemokratie und Landtagswahl. In
der „Republik“ vom 21. März lesen wir u. a.:
„Wenn die Volkspartei den Wahlkampf haben
will, dann kann sie ihn, soweit die Sozialdemo-
kratie in Frage kommt, haben. Wir fürchten ihn
nicht. Aber darüber muß sich die Volkspartei klar
sein, daß ihr nichts geschenkt wird.“ Auch diese
Auslassung bestätigt unsere Befürchtung, daß ein
Wahlkampf in allerhöchster Form uns bevorsteht
und Oldenburg somit in der heutigen ersten Zeit
dem übrigen Deutschland ein Bild trauriger in-
nerer Zerrissenheit darbieten wird. Wer dafür die
Verantwortung trägt, kann nicht für sich in An-
spruch nehmen, vor den vaterländischen Notwen-
digkeiten seine Partei-Interessen zurückgestellt zu
haben.

— Lohn, 20. März. Zum Gemeindevor-
sitzer der Landgemeinde Lohne wurde der
Korbarbeiter August Hane gewählt. Seit der
Teilung in Stadt- und Landgemeinde war es der
Zeller Hempelmann. In der Stadtgemeinde
wurde der Bürgermeister Schürmann einstimmig
wiedergewählt. — Der Begräbniskasse
in der Stadt sind fast alle Einwohner beigetreten;
nur drei Familien wollen sich die Sache noch über-
legen. Die Stadtverretung hat beschlossen, die
halben Kosten der Kasse zu übernehmen. — Recht
langsam werden die sechs Wohnungen,
welche die Stadt baut, um die Wohnungsnot in
etwa zu beheben, fertig. — Die Feuerwehr
hielt am Sonntag eine Probe ab. Die neue Motor-
spritze drückt mehr als genügend Wasser von
Pastors Graben bis gut über die Spinnerlei hin-
aus. Dort war die alte Spritze aufgestellt, und
mit dieser und den alten Schläuchen war es mög-
lich, das Wasser bis an das Haus des Malermei-
sters Helmes zu bringen. Um aber auch den Wof-

nungen, welche noch weiter an der Lindenstraße
liegen, im Falle eines Brandes helfen zu können,
will die Stadt auf dem freien Platz vor dem Elert-
schen Hause einen genügend großen Wasserbehäl-
ter einkaufen. Ebenso vor dem sogenannten Dollarbau
an der Bahnhofstraße.

* Cloppenburg, 21. März. Marktbericht
vom 20. März. Aufgetrieben waren 26 Pferde,
53 Stück Rindvieh und 274 Schweine. Preise:
beste Arbeitspferde 2—3 000 000 M., junge Pferde
1—2 000 000 M., ältere Pferde 700 000 bis
1 000 000 M., Handel flau. Milchkühe 1—1 500 000
M., tragende Kühen 700 000—1 000 000 M.,
Weiderinder 500—700 000 M., Handel flau. Fer-
tel 6 Wochen alt 55—65 000 M., ältere Pfund
2000 M. Handel mittelmäßig.

?! Lönningen, 21. März. Eine wichtige
Beratung der Landw. Vereine Lön-
ningen und Bunnen findet hier am nächsten Sams-
tag statt. Wiesenbauvereine Konkurs wird über
Gewässergenossenschaften referieren.

Aus dem Norden.

Oldenburg, 22. März.

(—) Etwa 900 Ruhrkinder kamen am Dienstag
Abend auf dem hiesigen Bahnhofe an, wo sie mit
Milch und Brot gestärkt wurden für die Weiter-
reise nach Rastede, Bielefeld, Bielefeldingen usw.
Bis jetzt sind 5200 Kinder im Lande unterge-
bracht. Am Freitag kommt ein neuer Transport
an.

(—) Abgebrannt ist vorgestern das Besitztum
der Witwe Rüscher am Kanal in der Nähe von
Wöbken. Das Feuer soll dadurch entstanden sein,
daß Funken von einer dort arbeitenden Maschine
auf das Haus flogen. Die Möbel konnten größ-
tenteils gerettet werden.

Handel und Wirtschaft.

Antike Berliner Devisenkurse am 21. März:
Lire 1009,47 Mk., franz. Frank 1885,62 Mk., Schweiz. Frank
8860,85 Mk., österr. Krone 0,29 Mk.

Bremer Börse am 21. März: Oldenb. Roggenanweisu-
gen 78 bis 85000 Mt.

Berliner Getreidemarkt am 21. März. Weizen
märktlicher, M. 39 000, etwas matter, Roggen, märktlicher,
M. 37 000, etwas matter. Sommergerste 30 000—31 000 ge-
schäftslos. Hafer märktlicher M. 28 000, dommerlicher 27 000 ruhig.
Mais Berlin 88 000—89 000, Hamburg 84 000—85 000.
Weizenmehl 105—115 000, etwas matter. Roggenmehl
M. 95 000—105 000, Weizenkleie M. 18—19 000 abgefeuert.
Roggenkleie M. 10 000 abgefeuert.

Bremer Getreidemerkungen am 21. März. (8 Uhr
abends) (mitgeteilt von Klump u. Sene) für prompte Lieferung
soweit nicht anders angegeben: Antk. Weizen Manitoba Nr. 1
aus 25. März markierter D. „Washington“ 57 000 Mk., Inland
Roggen 49 000 Mk., Da Flauto-Mais 44 000, amerik. Weib-
Mais 40 000 Mk., Desgl. per April 41 000 Mk., Königsberger
Safer 38 000 Mk., amerik. Malzgerste 37 000 Mk., Donaugerste
37 000 Mk., alles per Zentner per Kasse ab Bremen oder
Unterweyerhafen bei Bezug von Waggonsladungen.

Letzte Nachrichten.

Der Reichskanzler in München.

?) München, 22. März. (Drahtb.) Der Reichs-
kanzler Dr. Cuno traf zum heutigen Besuch bei
der bayerischen Regierung mit ziemlicher Verspä-
tung kurz vor 10 Uhr in langamer Fahrt in
München ein, wo blaue und grüne Polizei den
Ordnungsdienst vertrat. Eine zahlreiche Men-
schenmenge hatte sich angesammelt. Zum offiziel-
len Empfang waren der Ministerpräsident von
Knilling, Staatssekretär Dr. Schwegler, Landtags-
präsident Königsbauer, Ministerpräsident a. D.
von Kahr, der Reichsgefandte von Hamn und die
beiden Bürgermeister von München erschienen.
Nach einer kurzen Begrüßungsansprache trat der
Reichskanzler gemeinsam mit dem Ministerpräsi-
denten von Knilling in einem offenen Auto, das
langsam fuhr, die Fahrt in die Stadt an. Die Be-
glaubung des Reichskanzlers durch die Bevölke-
rung war geradezu stürmisch. Laute Hochrufe
pflanzten sich durch die Menge fort, die den
Reichskanzler mit Tüchern- und Mützenknoten
beglückte. In der bayerischen Straße wurde dem
Reichskanzler von einer jungen Dame ein Rosen-
strauß überreicht.

Der Reichskanzler, in dessen Begleitung sich noch
der bayerische Gesandte in Berlin Dr. v. Preger,
Minister Dr. Gehr und Stängel befanden, fuhr
um 10,30 Uhr vor dem Ministerium des Innern
vor, wo in Anwesenheit des gesamten Ministe-
riums der Ministerpräsident der Freude über den
Kanzlerbesuch Ausdruck gab. Der Reichskanzler
erwiderte, daß ihm der Besuch in München ein

Herzensbedürfnis sei. Unerlässlich sei es, daß
Reichsregierung und bayerische Regierung in der
gegenwärtigen Not vertrauensvoll zusammenstän-
den. Mit großem Nachdruck betonte er, daß an
der ruhigen und gemeinsamen Politik des passi-
ven Widerstandes unter allen Umständen festge-
halten werde, und daß es darin kein Zurück gebe.

Bei der Begrüßungsfeier im Landtage hielt der
Landtagspräsident Königsbauer eine Ansprache,
worin er dem Reichskanzler dankte, daß er in den
schwersten Stunden die Zügel der Reichsregie-
rung ergriffen habe, als der Feind ohne Grund
mit Gewalt die friedliche Bevölkerung an der
Ruhr überfallen habe. Der Reichskanzler habe
zum einheitlichen Widerstand aufgerufen, die ge-
nechtete Bevölkerung zum passiven Widerstand
geeignet und in der bayerischen Bevölkerung und
im ganzen deutschen Volke das Vertrauen zur
Reichsregierung als der Verteidigerin des deut-
schen Rechtes und der deutschen Ehre bestärkt. Der
Reichskanzler habe wesentlich dazu beigetragen,
daß im Norden und im Süden die gleiche Opfer-
bereitschaft herrsche. Für seine Versicherung, die
Rechte der Länder wahren zu wollen, werde das
bayerische Volk dankbar sein. Für seine opfer-
reiche Tätigkeit bringen wir ihm vollstes Ver-
trauen entgegen. Möge es ihm beschieden sein,
das Volk einer besseren Zukunft entgegen zu
führen.

Der Reichskanzler Dr. Cuno erklärte in
seiner Erwiderung, wenn jemals das Volk selbst
Träger des Geschicks des Landes gewesen sei, so
sei das heute der Fall. Der Widerstand an
der Ruhr und im Rheinland sei herausgewachsen
aus der reinen Seele des Volkes und aus der Liebe
zum Vaterlande und die Wiedererlangung der
Freiheit. Das ganze deutsche Volk im besetzten und
unbesetzten Gebiete sei Träger des Ganzen. Die
Reichsregierung kann den Abwehrkampf
nur gewinnen, wenn sie sich auf die
Volksvertretung, auf den einheit-
lichen Zusammenhalt des Volkes
stützen kann. Was geschehen kann, um die
durch die Besetzung hervorgerufenen Leiden zu
lindern, wird geschehen. Wir müssen den betre-
teten Weg ruhig und unbeirrt weiter gehen. Un-
beirrt wird die Reichsregierung diesen Weg weiter
verfolgen und sich nicht davon abdrängen lassen.
Er gab auch die Zusicherung, daß er es sich beson-
ders angelegen sein lassen werde, einheitlich die
deutscher Volksstämme und Länder zu berück-
sichtigen. In der Zusammenfassung der Kräfte der
einzelnen Länder beruhe die Kraft des Reiches.
Er werde neugestärkt von München fortgehen, wo
er wisse, daß Bayern hinter der Reichsregierung
stehe.

Mit lebhaften Hochrufen begrüßt, verließ der
Reichskanzler das Landtagsgebäude, stattete dem
päpstlichen Nuntius einen kurzen Besuch ab und
erschien dann, von fortwährenden Hochrufen der
Menge begleitet, zur Begrüßungsfeier im
Münchener Rathausgasse. Zur Mittagstafel
gab der Ministerpräsident zu Ehren des Reichs-
kanzlers eine Mittagstafel.

Wetterbericht.

Bremen, 22. März. (Drahtb.) Etwas mäßige,
böige Winde südlicher Richtung, heiter bis wolfig,
trocken, Temperatur ohne wesentliche Veränderung.

Vorbörsliche Devisenkurse.

Berlin, 22. März, mittags.

Gulden 8 250 Mt.

Dollar 20 925 Mt.

Pfd. Sterling 98 000 Mt.

Dollar- Schakanweisungen des Deutschen Reiches

Garantiert von der Reichsbank

Schluß der Zeichnung:
Sonnabend, d. 24. März 1923

Feuers erforderlichen Gerätschaften und Ma-
terialien dabei vorrätig zu halten. In jedem
Abend ist das Feuer zu löschen, bei lebhaftem
Winde aber überhaupt nicht zu brennen.

e) Entsteht ein Moorbrand, so hat der Inhaber
(Eigentümer, Nutznießer, Pächter) des Moores,
von welchem aus das Feuer sich verbreitet,
alle Mittel zur schleunigsten Unterdrückung
desselben anzuwenden. Insbesondere ist der
Moorvogt sofort zu benachrichtigen, damit der-
selbe für die Ausbittung der erforderlichen
Vöschmannschaften Sorge trage.

f) Ist bei großer Dürre und starkem Winde Ge-
fahr der Entstehung von Moorbränden durch
Flugfeuer vorhanden, so sind die Inhaber von
Moorgrundstücken, auf welchen gebrannt wird,
verpflichtet, auf das Vorhandensein von Flug-
feuer auf benachbarten Moorgrundstücken, auf
welchen zur Zeit nicht gebrannt wird, genau zu
achten und eintretendenfalls für Vöschung des-
selben und für die Benachrichtigung des Moor-
vogts (Ziffer e) Sorge zu tragen.
Uebertretungen werden mit Geldstrafe bis zu
600 M. bestraft, sofern nicht besondere Strafen nach
Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen eintreten.

Dr. Willers.

Amtliche Bekanntmachungen.

Amt Wehla, Wehla, den 20. März 1923.

Der nächste Sprechtag in Damme wird auf
Dienstag, den 27. d. Mis. verlegt. Küdens.

Ziffer 4 der Anordnungen vom 27. Januar
d. Ja., betreffend das Verbot des Verfütterns
von Vollmilch an Tiere, Ablieferung der Voll-
milch an Molkereien oder Sammelstellen, Aufkauf
oder Absatz von Butter und Käse, ist auf Grund
der Reichsverordnung vom 9. März 1923 über
die Versorgungsregelung vom Staatsministerium
wie folgt geändert worden:

4. Zuwiderhandlungen werden mit Gefäng-
nis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis
zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen
bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der
Gegenstände erkannt werden, auf die sich die
strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob
sie dem Täter gehören oder nicht.

Oldenburg, den 19. März 1923.

Ministerium des Innern.

Langen.

Der Vorsitzende des Vorstandes der

Haafwasserschiffahrt als Wahlkommissar.

Cloppenburg, den 15. März 1923.

In der Bekanntmachung vom 12. d. Mis.
betreffend Wahlen zum Ausschuss der Haaf-
wasserfahrt ist ein Irrtum unterlaufen. Es muß
heißten:

Zu Ziffer 1) „Die Gemeinden Lönningen und

Essen (nicht Lastrup) je 3 Stitze.“

Zu Ziffer 2) „Die Gemeinden Cappeln, Lastrup

(nicht Essen) Datum u. Dinklage

je 2 Stitze.“

Willers.

Amt Cloppenburg.

Cloppenburg, den 27. Februar 1923.

Das Amt nimmt Veranlassung, auf die Be-
stimmungen der Ministerialbekanntmachung vom
9. Mai 1882 hinzuweisen:
a) Innerhalb einer Entfernung bis zu 150 m von
Holzungen und größeren Torfvorräten ist das
Heide- und Moorbrennen überhaupt nicht ge-
stattet, wenn nicht bei Staatsforsten der Forst-
schutzbeamte, bei anderen Holzungen sowie bei
Torfvorräten der Eigentümer oder dessen ge-
setzlicher Vertreter vorher die schriftliche Er-
laubnis dazu erteilt hat.

b) Innerhalb gleicher Entfernung von zum
Fruchtbau bestimmten kultivierten Moorlän-
dereien darf im Frühjahr nach dem 31. März
nicht mehr gebrannt werden, wenn nicht der
Eigentümer jener Ländereien oder dessen ge-
setzlicher Vertreter vorgängig die schriftliche
Erlaubnis dazu erteilt.

Die Aemter sind befugt, diese und die Vor-
schrift unter a aus besonderen Gründen in ein-
zelnen Fällen außer Kraft zu setzen.
c) Mit dem Heide- und Moorbrennen darf erst
begonnen werden, nachdem dem Moorvogt
über diese Absicht unter näherer Bezeichnung
der zu brennenden Fläche und der dafür in
Aussicht genommenen Zeit Anzeige gemacht
und vom Moorvogt ein Brennschein ausge-
stellt ist.

Der Brennschein gilt nur für die in ihm
bezeichneten Flächen und für die Dauer des
Kalenderjahres, in welchem er ausgestellt ist.
d) Beim Brennen der Heide und des Moores ist
mit größter Vorsicht zu verfahren, insbeson-
dere das Feuer mit einer der Fläche und den
sonstigen Umständen angemessenen Mann-
schaft bis zum gänzlichen Erlöschen deselben
unausgesetzt zu bewachen, desgleichen sind die
zum Löschen oder sonstigen Unterdrücken des

Feuers erforderlichen Gerätschaften und Ma-
terialien dabei vorrätig zu halten. In jedem
Abend ist das Feuer zu löschen, bei lebhaftem
Winde aber überhaupt nicht zu brennen.
e) Entsteht ein Moorbrand, so hat der Inhaber
(Eigentümer, Nutznießer, Pächter) des Moores,
von welchem aus das Feuer sich verbreitet,
alle Mittel zur schleunigsten Unterdrückung
desselben anzuwenden. Insbesondere ist der
Moorvogt sofort zu benachrichtigen, damit der-
selbe für die Ausbittung der erforderlichen
Vöschmannschaften Sorge trage.
f) Ist bei großer Dürre und starkem Winde Ge-
fahr der Entstehung von Moorbränden durch
Flugfeuer vorhanden, so sind die Inhaber von
Moorgrundstücken, auf welchen gebrannt wird,
verpflichtet, auf das Vorhandensein von Flug-
feuer auf benachbarten Moorgrundstücken, auf
welchen zur Zeit nicht gebrannt wird, genau zu
achten und eintretendenfalls für Vöschung des-
selben und für die Benachrichtigung des Moor-
vogts (Ziffer e) Sorge zu tragen.
Uebertretungen werden mit Geldstrafe bis zu
600 M. bestraft, sofern nicht besondere Strafen nach
Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen eintreten.

Dr. Willers.

Kriegerverein Bisbet.

Am Sonntag, dem 25. März, nachm. punkt 6 Uhr im Saale des Herrn Stübe

Lichtbildervortrag

über die Befreiung an Rhein und Ruhr. Der Uebersehungs ist für die Ruhrhilfe bestimmt. Alle Mitglieder und Gemeindeglieder werden freundlichst eingeladen. Entree 200.— Mark, jedoch sind der Mildtätigkeit keine Schranken gesetzt.

Der Vorstand.

Berein ehemaliger Schüler der landwirtschaftlichen Lehranstalt Cloppenburg.

Anlässlich der Schlussprüfung an der landwirtschaftlichen Schule in Cloppenburg am 27. März 1923, vormittags 10 Uhr, in der Ballsaal in Cloppenburg soll eine

Versammlung

aller ehemaligen Schüler dieser Anstalt stattfinden. Es darf ein zahlreiches Erscheinen aller Jahrgänge seit Bestehen der Schule erwartet werden.

Der Vorsitzende: Meyer-Cappeln.

Holz-Verkauf.

Am Montag, dem 26. März, vormittags 10 Uhr im Bodhorster Moor:

1000 Kiefern (70 Nummern),

leichtes Bauholz, Riegelstämme, Einfriedigungsstangen und Brennholz.

Verammlung bei Bodlage-Dettmer, Burg Dinklage, den 20. März 1923.

Gräflich von Galen'sche Rentei.

Oberförsterei Cloppenburg.

Am Mittwoch, dem 4. April 1923, 11¹/₄ Uhr vormittags sollen in Josef Klostermanns Wirtschaft in Goldenstedt aus dem Herrenholz verkauft werden:

1. Kirchhoff. (Nr. 2190—2203)

4,45 Festm. Eichen, Werk- und Pfahlholz, 9,75 Festm. desgl., Verb- und Keiserbrennholz.

2. Auf der Booge. (Nr. 2204.)

1,00 Festm. Eichen, Verbrennholz.

3. Langebruch. (Nr. 2205—2318.)

34,77 Festm. Eichen, Pfahlholz, 1,93 Festm. Eichen, Dreckscherholz,

54,15 Festm. Eichen u. Eichen, Verbrennholz.

4. Hollweide. (Nr. 2319—2626.)

9,64 Festm. Eichen, Werk- und Pfahlholz,

208,00 Festm. desgl., Verb- und Keiserbrennholz,

5,00 Festm. Buchen, desgl.,

27,57 Festm. Fichten, Sparren, Latten, Bindebäume und Rinde.

5. Stubbenlamp. (Nr. 2020—2024.)

1,36 Festm. Fichten, Latten und Rinde.

Nähere Auskunft erteilt der Revierförster Andersen, Herrenholz.

Vorzeigen des Holzes am Donnerstag, dem 29. März, 2 Uhr nachmittags und am Verkaufstage 8 Uhr vormittags vom Forsthaus in Herrenholz aus. Heumann.

Möbel-Verkauf.

Am Dienstag, dem 27. März, nachmittags 3 Uhr anfangend, werden folgende Gegenstände bei unserer Wohnung öffentlich meistbietend verkauft, als:

1 Anrichte mit Glas, 1 Kinderbettstelle, 12 Küchenstühle, 6 Bettstellen, 1 Waschtisch, 1 Küchenschrank, 1 Kleidergarderobe, 1 guterhaltene Schneidernähmaschine, 1 gutes Sofa, 1 Nähmaschine, 1 Kuhgeschirr, 2 Pferdegeschirre, 1 Paar lange Stiefeln, mehrere Paar Schuhe, 1 Militärwagen (Spurbreite).

Es werden noch Sachen angenommen.

Käufer laden freundlichst ein

Ostendorf & Kemme.

Vom Ablieferungsroggen gibt die Reichsgetreibeinstelle zu ermäßigtem Preis

10⁰/₁₀ Kleie

zurück. Hierdon kann ²/₃ gegen Barzahlung abgeholt werden und zwar am Montag, d. 26. März, vormittags, Hörst, Wief, Dinklage und Langwege 1. Nachmittags Langwege 2 und Schwwege.

Am Dienstag, d. 27. März, vormittags, Bünne und Wulfenau, nachmittags Höne und Dahlen.

Füllsäcke sind mitzubringen. Falls an benannten Tagen nicht abgeholt wird, wird angenommen, daß Empfänger verzichtet.

Dinklage.

B. Wehebrink.

Sabe noch mehrere tausend rote Tonfalzziegel und Tonhohlziegel (sa Qualität) abzugeben.

Otto Schmalstieg,
Behta, Telefon 230.

Glacehandschuhe und Geld gefunden.

Bornhufen, Frijeur, Behta.

Zidelfelle

kaufe von Händlern zu höchsten Preisen.

Angebote erbeten.

Franz Henke,
Südthone i. D.

Thomasmehl,

schwe- Ammoniat,

fels. Ammoniat-Super,

Kalkstickstoff,

Kainit,

Kali,

Weißkalk,

Zement.

JoJ. Warnting, Behta

Camphorin-

Nestleier

empfeht

Stern-Drogerie,

Behta, Grobstr. 71.

Eichen- und

Buchenheister

von 1,50 bis 3,00 Mr.

hoch. Tadelose Ware.

Franz Suntemann,

Latten.

Sabe einen Posten

Bohnen-

stangen

abzugeben.

Zeller Ruhe,

Schemde b. Steinfeld.

Kinderwagen

zu verkaufen.

Nachfragen in der

Geschäftsstelle d. Bl.

Gelegenheitskauf!

Joach-Alavier, Kon-

vert-Modell, wie neu,

statt 9 Millionen für

4200000 Mk., privat

zu verkaufen. Off. unt.

B. 2655 an die Am-

Exped. E. Wendel,

Münster i. W.

Zwei größere

Läuferischweine

zu kaufen, evtl. gegen fast

neuen Anzug u. Paletot

einzutauschen gesucht.

Von wem sagt die Ge-

schäftsstelle d. Bl.

Zu verkaufen ein alter,

eichener

Kleiderschrank,

2 eichene Koffer

(Altertum),

1 Küchenschrank.

Zu erfragen in der Ge-

schäftsstelle d. Bl.

Zu sofort oder 1. Mai

ein

Knecht

gesucht, der alle landw.

Arbeiten versteht.

Lohn nach Uebereinkunft.

Zellerin Ww. Ordng,

Mintewebe,

Post Cappeln i. Oldbg.

Suche baldigt jüngeres

Mädchen

für H. Haushalt, 3 Pers.

Wäsche aus dem Hause.

Nachricht umgehend.

H. Nielsen, Oldenburg,

Ränge Str. 36.

Empfehle mein Lager in

deutschen und nordischen Hobel- und Stabbrettern, Raufspund-, Schal- und Bekleidungs Brettern, Türfutter und Türbekleidung.

Prima Tischler = Bretter in deutscher, schwedischer u. russischer (Original Petersburger) Ware.

Bauholz nach Liste, Rundholz und Latten.

JoJ. Warnting, Behta.



Pelzkonfektion

Heinr. Schrader

Osnabrück

fernrufruf 231 • Krahnstr. 35 • gegr. 1856

Größte Auswahl in Damen-Mänteln Kragen, Muffen, Pelzhüten usw.

Durch eigene rationalste Fabrikation bin ich in der Lage, meine Preis verhältnismäßig billig zu stellen bei Lieferung von nur einwandfreiem, erstklassigem Material.

Flechten, Lupus, offene Beine, Hautkrankheiten aller Art selbst in veralteten Fällen werden durch mein Mittel mit dem besten Heilerfolge bekämpft. Bei Nichterfolg volles Geld zurück.

Heinrich Storch, Bremen.

Zu sprechen in Behta am Montag, dem 26. März 1923, von 10 bis 6 Uhr bei Herrn JoJ. Schäfers, Oldenburger Hof.

Empfehlen ab Lager

Amm. Superphosphat 6 mal 12 und prima doppelt gereinigte diesjährige

Seradella

billigst.

Dandw. Bezugsgenossenschaft, Damme, Fernsprecher Nr. 2.

Zu kaufen prima, junge, regenfreie

Eichenlohe

zu höchsten Tagespreisen.

G. S. Zerhufen, Lederfabrik, Lohne i. D. Fernruf Nr. 3.

Empfehle ab Lager Falkenroth

Widling'schen Portland-Zement, Baukalk.

Behta. D. Schröder.

Herren- und Damenfahrrad, neu, mit prima Vereifung, preiswert abzugeben. Wer sagt die Geschäftsstelle d. Blattes.

Rüfenreis, Rüfenhirse, Rüfengröße.

Behta. P. A. Jortmann Ww & Sohn.

Für Damen-Modegeschäfte!

Gut- und Bekleidungs-Leder in allen Farben am Lager.

G. S. Zerhufen, Lederfabrik, Lohne i. D., Fernruf Nr. 3.

Preise

in Margarine, Schweineschmalz, Dalmin, usw. Salz usw.

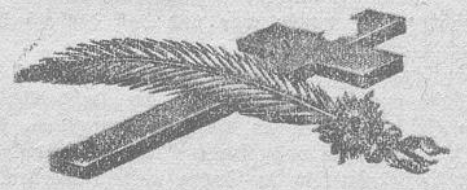
bedeutend ermäßigt.

Behta. Chr. Sturm.

Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen hochehrent an

Gendarmerie-Wachtmeister R. Stövesand u. Frau Clärchen geb. Hausschildt, Ahrensböck, 20. März 1923.

Todes-Anzeige.



Heute entschlief nach kurzer, heftiger Krankheit, gottgegeben, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der

Landwirt

Bernard Sünneberg

im 55. Lebensjahre, versehen mit den Heilmitteln unserer hl. Kirche.

In tiefer Trauer

Ww. Maria Sünneberg geb. Javidhorst.

Behnden, 22. März 1923.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag, dem 24. März, vormittags 9¹/₂ Uhr vom Krankenhaus aus in Steinfeld.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschluss gefallen, heute morgen 3¹/₂ Uhr unseren lieben Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel den

Kolon

Heinr. Heitlage

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Er starb wohl vorbereitet nach einem echt christlichen, frommen Lebenswandel nach längerer Krankheit, versehen mit den heil. Sterbesakramente im Alter von 72 Jahren.

Die trauernden Angehörigen.

Thorst bei Holdorf, Behta, Börden, Gut Hange, Lerer, den 21. März 1923.

Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 26. März, morgens 9¹/₂ Uhr in Holdorf.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.